

# Volksstimme

Einzelpreis 150 M.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Einbau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. Postzustellungsliste 2. Nachtrag, Seite 110.

Bezugspreis: Monatlich 3600,00 Mark. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen monatlich 3450,00 Mark. — Anzeigengebühr: Die 10spaltige Reklamenspalte 200,00 Mark, auswärts 310,00 Mark, für 1922 von 100 Prozent auf die Stammatien und von 150 Prozent auf die Vorzugsaktien vorzuschlagen.

Nr. 82.

Magdeburg, Dienstag den 10. April 1923.

34. Jahrgang.

## Bergebliche Hoffnungen.

Aus Essen schreibt uns Genosse Stampfer:

In wenigen Tagen vollendet sich der dritte Monat seit dem Beginn der „friedlichen Aktion“. Er wird in der gewaltigen Ehrung, die Essen und das ganze Revier für die Opfer der Parsonabend-Tragödie vorbereitet, seinen dramatischen Abschluß finden. Ich habe hier mit zahlreichen Angestellten und Arbeitern, Augenzeugen des blutigen Vorgangs, Angehörigen der verschiedenen politischen Richtungen am Orte der Tat selbst gesprochen und glaube zu dem Urteil berechtigt zu sein, daß bei dem geradezu unbegreiflichen rätselhaften Verlagen der höheren militärischen Stellen die Schuld an dem geschehenen Blutvergießen liegt. Alles, was über eine taktische Bedrohung des französischen Kommandos gesagt wird, ist unwahr; jedenfalls habe ich schon wiederholt deutsche Schutzpolizei in viel schlimmern Situationen gesehen, ohne daß sie von der Waffe Gebrauch gemacht hätte. Merdinas ist mir kein anderer Fall bekannt, in dem man zwölf Angehörige der bewaffneten Macht vier Stunden lang gegen Tausende erregter Demonstranten stehen ließ, ohne sich darum zu kümmern, was weiter daraus werden sollte.

In den nächsten Tagen werden auch die verhafteten Direktoren von Krupp vor dem Kriegsgericht in Bresdenz stehen. Keiner von denen, die ich sprach, hält es für möglich, daß ein Gericht, das diesen Namen verdient, zu einem Schuldspruch kommen könnte. Da das kommunistische „Ruhr-Echo“ durch die Behauptung, die Firma Krupp habe „die Arbeiter bewußt in die Kugeln Poincarés gefaßt“, die französische Anklage unterstützt hat, halte ich es für eine Gewissenspflicht, zu erklären, daß der Führer der Kommunisten in den Kruppwerken, Böhm, mir gegenüber die gegenteilige Behauptung vertreten hat. Böhm ist gewiß bereit, vor dem französischen Kriegsgericht wenn ihm dieses dazu Gelegenheit gibt, die Neußerungen zu wiederholen, die er mir gegenüber getan hat.

Ueber dem Revier liegt jetzt die Stimmung eiserner Entschlossenheit. Keine, die vor drei Monaten meinten, länger als zwei Wochen könne die Besetzung nicht ertragen werden, hatten mit den psychologischen Wirkungen des militärischen Vorgehens nicht gerechnet. Man kann die nächste Zukunft des Ruhrgebiets sehr dunkel sehen und sich alle möglichen Bilder ausmalen, nur eins kann man sich unmöglich vorstellen: daß es zu einem Vorkriegen der Bevölkerung mit den Franzosen kommen könnte. Und wenn wirklich das französische Militär nach dem berühmten Worte Degouttes tausend Jahre hier bliebe und es so weiter triebe wie bisher, so würde die Ruhrbevölkerung noch nach tausend Jahren mit Freudentänzen den Tag begrüßen, der sie von dieser Plage wieder befreit.

Wo nicht gerade ein blauer Stahlhelm oder ein buntes Käppi auftaucht, da erscheint das Leben und Treiben äußerlich wenig verändert. Es gibt Ernährungschwierigkeiten, da, Verkehrshörungen dort, Stauungen und Störungen, man überwindet sie. Der breite Strom flutet weiter. Über jede Möglichkeit der Bewegung, jeden Bissen Brot, jeden freien Atemzug empfindet man als erkämpft, erklistet, ertrinkt. Ueber jedem Einzelnen hängt das Schwert des Damokles. Was ändern sich, wann wird es dir gehen? Blüend auf der Wahn, der Rücken von Weisheitsbienen zerfleischt, aus der Heimat hinausgejagt, von Haus und Hof vertrieben, ins Zuchthaus gezwängt — alle, denen das geschah, sie waren nicht schuldiger als irgendein Arbeiter, der heute noch ungehindert zu seiner Arbeit geht, als irgendein Beamter oder Angestellter, der jetzt noch sein normales Leben lebt. Dies Ganze ist wie ein ungeheurer Ameisenhaufen, und jeder ist eine Ameise, die im nächsten Augenblick zerquetscht werden kann. Aber so wenig das ganze Geschlecht der Ameisen durch grausame Puppenstöße ausgetrotet worden ist, so wenig vermag Gewalt ohne Sinn und Verstand das quellende Leben zu hemmen oder zu lenken, das sich hier in gigantischem Ausmaß nach den Gesetzen seiner inneren Notwendigkeit entfaltet.

Man weiß aus den Enthüllungen des kommunistischen „Ruhr-Echos“, welche Hoffnung die fremden Gewalttäter auf die Kommunisten setzen. Einstweilen und für alle absehbare Zeit ist diese Hoffnung unberechtigt. In der kommunistischen Partei des neubefesteten Gebiets geht es freilich ebenso drüber und drunter wie in der des unbefesteten Gebiets. Es gibt auch dort Richtungen, die einander heftig bekämpfen, und die kommunistische Presse schreibt an jedem Tage das Gegenteil von dem, was sie tags zuvor geschrieben hatte. Keinen Boden aber findet hier jene oppositionelle Richtung, die den Standpunkt vertritt, man müsse den französischen Militarismus in der gleichen Weise zu „revolutionä-

nären“ Zwecken benutzen wie Lenin es mit dem deutschen getan hätte. An diesem Vergleich ist nur so viel richtig, daß Degoutte ebenso ein Bolschewist ist wie Lubendorff einer war. Im übrigen ist aber Deutschland nicht Rußland und 1923 nicht 1917, und das Spiel der kommunistischen Mäus mit der militärischen Rabe müßte diesmal unfehlbar mit dem Tode der Mäus enden. Das wissen auch die Kommunisten im Ruhrrevier, und darum haben sie keine Neigung, die weltrevolutionären Pläne zu verwirklichen, die von Berliner Genies ausgeheckt werden.

Die Hoffnung des französischen Militarismus, es werde mit seiner mehr oder weniger sanften Nachhilfe ein kommunistischer Rutsch losbrechen, und er würde sich dann dem ins Wockshorn gejagten Bürgerertum als Retter und Wiederhersteller der Ordnung zur Verfügung stellen können, auch diese wenig ehrenhafte, letzte Hoffnung wird zuwanden werden. Eine explosive Entladung der Klassen-gegnung ist jetzt nicht möglich. Diese Gegensätze sind vorhanden; töricht wäre es, sie abzutreten, aber sie waren da, als die Franzosen noch nicht im Lande waren, sie werden noch da sein, wenn die Franzosen wieder fort sein werden. Aber der militärische Einbruch in dieses friedliche Land die täglichen Schikanen und Quälereien, die vollkommene Rechtlosigkeit und Schicksalungewißheit jedes einzelnen, das ist das Neue, das Unerhörte, auf das sich alle Blicke richten und auf dessen Abwehr alle Kräfte bis zum Zerreißen angespannt sind. Das Kooperieren mit dieser Gewalt zu Zwecken der Weltrevolution ist eine blasse Theorie für die auf dem Boden der Wirklichkeit kein Platz ist. Gegen jeden Versuch, sie zu verwirklichen, sträubt sich auch im kommunistischen Arbeiter des Ruhrreviers der natürliche Instinkt.

Abgesehen von einer Handvoll verworfenen Gesindels gibt es hier keinen Menschen, der den militaristischen Eindringlingen ihr Handwerk erleichtern wollte. Ueber ein widerwilliges Sichfügen in Unvermeidliches hinaus gibt es kein Entgegenkommen, keine Neigung zur Unterwerfung. Diese Menschen, die als Einzelne so entkehtlich ohnmächtig sind, fühlen doch triumphierend, daß auch die brutale Gewalt ohnmächtig ist gegenüber der Masse und dem gemeinsamen Gefühl, das sie befeuert. Ungebrochener, trotziger steht das Arbeitervolk an der Ruhr am Ende des dritten Monats da als am ersten Tage der Besetzung.

### Nachrichten von der Ruhr.

#### Trauerfeier im Reichstag.

Zu der Morgenstunde, in der am kommenden Dienstag die Arbeiter und Angestellten, die in Essen französischen Gefangenen zum Opfer fielen, dort zur letzten Ruhe bestattet werden, findet im Reichstag eine Trauerfeier statt, bei der in Anwesenheit des Reichspräsidenten der Reichskanzler die Gedächtnisrede halten wird. An der Feier werden Vertreter sämtlicher gewerkschaftlichen und Beamtenverbände sowie die Spitzen der Berufsstände, Vertreter der Länder, der Kirchen, der Parlamente und der Behörden teilnehmen. Die Feier beginnt pünktlich vormittag 10 Uhr. Aus Anlaß der Beisetzung werden am Dienstag zum Zeichen der Trauer im ganzen Reich die Glocken läuten.

#### Sparte Maßnahmen.

In Lünen ist wegen Zerstörung französischer Telefonleitungen bis auf weiteres der Besetzungszustand verhängt worden. Im Garten von Duisburg beschlagnahmten die Franzosen drei für die Firma Krupp bestimmte Kohlenfabriken, angeblich wegen Nichtentrichtung der Kohlensteuer. In Remscheid haben die Franzosen sechs Automobile und zahlreiche Haushaltungs- und Kücheneinrichtungsgegenstände, in Wipperfurth neben andern auch Stroh requiriert. Das „Völkischer Volksblatt“ wurde nach zweitägigem Wiedererscheinen am Sonnabend erneut bis zum 15. April verboten.

#### Für einen falschen Paß.

Polizei-Inspektor Kern aus Wetter wurde zu 2 Jahren Gefängnis und 3 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt wegen Ausfüllung eines falschen PASSES für einen aus Wetter gebürtigen Polizeimeister nach Essen. Der Polizeimeister wurde zu 3 Jahren Gefängnis und 2 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

#### 105 Millionen Mark Buße.

Für die Ermordung des französischen Soldaten Schmitt, der am 18. März in einem Keller des Hauptbahnhofes in Essen erschossen wurde, ist der Stadt Essen eine Geldbuße von 105 Millionen Mark auferlegt worden, die in einer Frist von 10 Tagen zu zahlen ist. Für den Eingang des Geldes werden

haftbar gemacht Beigeordneter Bode, Beigeordneter Kueppers und Beigeordneter Dr. Gütner.

#### Gute Geschäfte trotz alledem.

Der Aufsichtsrat des Essener Bergwerksvereins König Wilhelm beschloß, die Generalversammlung zum 8. Mai nach Berlin einzuberufen und die Verteilung einer Dividende für 1922 von 100 Prozent auf die Stammatien und von 150 Prozent auf die Vorzugsaktien vorzuschlagen.

### Englisch-französische Verständigung?

Loucheur ist von seiner Londoner Reise zurück und von Poincaré in einer zwei Stunden währenden Unterredung empfangen worden. Pressevertretern gegenüber erklärte Loucheur nach dieser Unterredung, „daß eine Einigung über die Reparationen und über die Sicherheitsfrage mit England möglich ist, die nicht von den berechtigten Interessen Frankreichs und der Verbündeten Opfer fordert“.

Diese Erklärung ist kennzeichnend für die Situation, in der wir uns befinden. Man wird in Deutschland von jetzt ab damit rechnen müssen, daß die Reise Loucheurs zu einer Enttarnung der gelockerten Entente geführt hat, daß Frankreich bestrebt ist, mit England eine Verständigung herbeizuführen und daß, wie es scheint, England auch bereit ist, ohne Deutschland eine Verständigung über die Reparationen und die Sicherheitsfrage unter den Mitwirkungspolitik der Regierung Cuno ist nahe daran, die über den Ruhrreinmarsch entworfene Entente wieder in einen Block zusammenzuschweißen.

Es ist für Deutschland zum allermindesten insofern Gefahr im Verzug, als die Initiative zu einer Lösung nach gegenseitiger Verständigung von Frankreich und England ergriffen werden soll. Die Vergangenheit müßte lehren — auch dem gegenwärtigen Außenminister —, daß das nicht im Interesse Deutschlands liegen kann. Jetzt steht, daß die Neußerungen Loucheurs nicht als private Meinung zu betrachten sind, sondern von französischen und belgischen maßgebenden Stellen im wesentlichen geteilt werden. Infolgedessen muß es jetzt Aufgabe der deutschen Regierung sein, aktiv einzugreifen, es muß positiv, klar und deutlich gesagt werden, wie sich die deutsche Regierung die Lösung des gegenwärtigen Konflikts vorstellt. Das kann in einer Form geschehen, die in der Welt keinen Zweifel darüber läßt, daß die deutsche Bevölkerung den passiven Widerstand an der Ruhr fortzusetzen gewillt ist, wenn man weiterhin an uns Forderungen stellt, die dem deutschen Volke das Recht zum Leben nehmen und schließlich zum Ruin Europas führen müssen.

### Der Generalstreik in Memel.

Der am Freitag von den Gewerkschaften proklamierte Generalstreik gegen die Einberleibung Memels in Litauen wurde geschlossen durchgeführt. Sämtliche Betriebe stellten die Arbeit Punkt 12 Uhr ein, die Kaufleute schlossen ihre Läden. Auch die Banken und alle übrigen im öffentlichen Verkehr stehenden privaten Stellen erklärten sich durch Betriebsstillstand mit den Forderungen der Gewerkschaften solidarisch. Als im Laufe des Nachmittags von litauischem Militär die Post besetzt wurde, stellten die deutschen Beamten auch hier den Dienst ein.

Der litauische Oberbefehlshaber versuchte bald nach Ausbruch die Durchführung des Streiks durch Verstärkung des Militärs und eine Ausnahmeverordnung unmöglich zu machen. Alle Versammlungen unter freiem Himmel wurden verboten, Zusammenkünfte in öffentlichen Lokalen von der Genehmigung der zuständigen litauischen Stellen abhängig gemacht. Unterjagt wurde ferner der Streik in dem Gas- und Wasserwerk, auf der Eisenbahn und der Post, außerdem jede Arbeitsniederlegung aus politischen Gründen. Wer gegen diese Verordnung verstößt, soll mit sofortiger Wirkung des Landes verwiesen werden. Trotz der Ausnahmeverordnung wurde abends 7 Uhr im Schützenhaus eine Versammlung abgehalten, die beschloß, am Sonntag vormittag 11 Uhr eine Kommission zum Oberbefehlshaber zu schicken, um ihm die Forderungen der deutschen Bevölkerung mitzuteilen. Sämtliche Berufsklassen der Bevölkerung erklärten sich hier nochmals einverstanden mit den Forderungen der Gewerkschaften, zum Teil gingen ihre Wünsche darüber hinaus.



# Wanderwelle über das Ruhrproblem

Auf dem Parteitag der belgischen Sozialdemokratie hielt Genosse Wanderwelle eine politisch bedeutungsvolle Rede, die verdient, auch in Deutschland bekannt zu werden. Wanderwelle führte u. a. aus:

Selbst Arbeiter, die für die Sozialisten stimmen, aber bürgerliche Blätter lesen, sagen, daß, wenn wir 50 Milliarden Schulden haben, die Deutschen zahlen werden. Das ist eine schwere Illusion. Denn selbst wenn Deutschland seine Gesamtverschuldung zahlen würde, genügt das nicht, um die belgische Schuldenlast zu befreien. Eine energische Politik ist notwendig. Wenn wir eine demokratische Regierung hätten, würde sie zunächst die Wiedereinnahmen nicht durch Zwang, sondern durch Verständigung lösen. Sie würde dann die Erbschaftsteuer erhöhen, das Monopol auf Alkohol, Tabak und Versicherungen einführen. Schließlich würde sie eine Kapitalsteuer erheben. Das ist unsere Politik. Ich erkenne an, daß Thénis und Jasper seit langen Monaten sich bemühen, möglichst zu sein. Aber sie sind nicht allein, sie sind im Rate der Alliierten. Italien weicht aus. Die Vereinigten Staaten beobachten. England will wohl die deutsche Schuld herabsenken, aber unter der Bedingung, so wenig wie möglich dabei zu verlieren.

Was Frankreich will, ist schwer zu erkennen. Als die Alliierten nicht wußten, welche Stellung sie einnehmen sollten, ist Frankreich in das Ruhrgebiet einmarschiert und hat Belgien mitgezogen. Ich will hier nicht unterfragen, ob die Ruhrbesetzung dem Buchstaben des Vertrags von Versailles entspricht. Aber was ich behaupte, ist, daß der Einmarsch in das Ruhrgebiet, der durch einige Verfehlungen bei den Lieferungen von Kohle und Holz bestimmt worden ist, ein Akt des Zwanges und der Vergewaltigung war, gegen den die Arbeiter aller Länder protestieren. Das wirtschaftliche Ergebnis der Besetzung ist verhängnisvoll. Die Zeitungen verkünden uns, daß täglich 3000 Tonnen nach Frankreich und Belgien geschickt werden. Vor der Besetzung erhielten wir 35 000 Tonnen täglich. Man hofft zwar, daß die Kohlenlieferungen sich erhöhen werden, aber während wir sie vor der Besetzung gratis bekamen, müssen wir heute dort 75 000 bis 100 000 Mann unterhalten. Das ist eine un sinnige Politik, die uns zum Ruin und zur Arbeitslosigkeit führt.

Die Regierungen Belgiens und Frankreichs haben erklärt, daß sie nur wirtschaftliche Ziele verfolgen. Aber welche wirtschaftlichen Ziele? Man hat darüber offiziell noch nichts gesagt, aber offiziös hat der Pariser „Matin“ ein Interview einer bedeutenden belgischen Persönlichkeit veröffentlicht. Ich kam dem hingutigen, daß diese Persönlichkeit ganz besonders qualifiziert ist, im Namen der Regierungen zu sprechen. Auf die Frage, welche wirtschaftlichen Ziele die Alliierten im Ruhrgebiet verfolgen, war die Antwort, daß ein neuer Reparationsplan notwendig sei, wenn man den zerstörten Gebieten die Priorität zuerkennen würde. Diese Erklärung ist interessant für die, die man des Verrats anklagt, als sie von der Frankfurter Sozialisten-Liga zurückkommen, denn diese Erklärung bedeutet die Annahme des sozialistischen Programms von Frankfurt. Sie bedeutet Verzicht auf die Militäropansionen und Wiederaufbau der Schäden entsprechend der Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Wäre das eine offizielle belgische Erklärung, so würden wir vom Alpdruck befreit sein. Aber sowie man die Grenze überschritten hat, spricht man anders, und man spricht auch anders öffentlich als in privaten Gesprächen. In der Finanzkommission der Kammer hat Boncaré erklärt, daß die Räumung nur nach Maßgabe der Zahlung der Reparationen erfolgen würde. Das kann bedeuten, was die belgische Persönlichkeit dem „Matin“ gesagt hat. Aber es kann auch bedeuten, daß unsere Truppen im Ruhrgebiet bis zu dem Tage bleiben werden, an dem der Londoner Zahlungsplan durchgeführt sein wird, d. h., daß wir das Ruhrgebiet in absehbarer Zeit nicht verlassen werden. Diese Politik mit ihrem zweideutigen Charakter ist eine unglückliche Gefahr für den Frieden und für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme. Und diese zweideutige Politik treibt auch die deutsche Regierung. Aus dieser Situation müssen wir durch die Verständigung zwischen den belgischen, französischen, englischen, italienischen und deutschen Arbeitern herauskommen.

In unsern industriellen Bezirken gibt es viele Genossen, die sich der deutschen Besetzung erinnern, der erduldeten Leiden, der erlittenen Mühen und Frauen, der niedergebrannten Volkshäuser. Sie sagen zu uns: „Wir können das nicht vergessen.“ Wir sollen nicht vergessen. Aber auf gefühlsmäßige Erinnerungen kann man nichts begründen. Und wir sollen uns der Leiden Belgiens erinnern, indem wir sagen: Das darf nicht wieder sein! (Beifall.) Reparationen müssen geleistet werden. Man muß Deutschland ständig daran erinnern, daß es uns gegenüber eine Schuld hat. Das sozialistische Deutschland erkennt diese Schuld an. Aber die Reparationen sind nur möglich durch eine internationale Verständigung. Was gegenwärtig mit brutaler Deutlichkeit zum Ausdruck kommt, ist die Unfähigkeit der Regierungen, das Problem zu lösen, und aus dieser Unfähigkeit ist die Politik der Gewalt geboren worden, die diese Unfähigkeit noch erhöhen wird. Um das Problem der Wiederaufbauarbeiten zu lösen und den Frieden zu sichern, müssen die Arbeiter sich verständigen und in den verschiedenen Ländern die Regierungsmacht ergreifen.

Zum Schluß seiner Rede gab Wanderwelle nochmals seiner Ueberzeugung Ausdruck, es sei notwendig, daß die Arbeiter in allen Ländern sich verständigen, die Regierung ergreifen, um das Reparationsproblem lösen und den Frieden Europas sichern zu können.

# Deutschvölkische Spitzel und Fälscher

Kurz vor Ostern wurden in Kassel mehrere Personen von der Kriminalpolizei festgenommen, weil sie dem französischen Spionagebureau in Düsseldorf, Reichstraße 7, Nachrichten über angeblich rechtsradikale Organisationen und Verbände in Deutschland überbracht hatten. Diese Nachrichten hatte das Haupt der Gesellschaft, ein gewisser Hans Heinrich Brüning, der unter dem falschen Namen eines Dr. Börner seit längerer Zeit in Wilhelmshausen bei Kassel wohnte, nach dem Muster des Berliner Großfälschers Paul Anspach frei erdichtet.

Aus den aufgefundenen zahlreichen Schriftstücken, die außerordentlich geschickt angefertigt und gefälscht waren, ging hervor, daß Brüning alias Dr. Börner nicht nur die Meldungen erfand, sondern auch den von ihm erfundenen angeblichen Geheimverbänden gefälscht klingende Namen gab, wie „Völkische Kampffront Groß-Deutschland“, „Deutsche Wehrmacht“, „Sturmabteilung Heymann“, „Hauptgeschäftsstelle der Sturmabteilung“ u. a. m.

Seine angeblichen Meldungen, die sich auf die Vorbereitungen eines Rechtsputsches bezogen, kamen aus München, Hamburg, Hannover und Berlin.

Das den Franzosen in die Hände gespielte Material war geeignet, den Eindruck zu erwecken, als wenn in Deutschland eifrig gegen Frankreich gerüstet würde und als ob Waffen in großer Anzahl vorhanden seien. Bei Brüning wurden etwa vierzig falsche Stempel vorgefunden, die er zur Zeichnung seiner Schriftstücke verwendet hatte. Brüning war zuletzt angestellter Mitarbeiter bei in Hannover

erscheinenden deutschvölkischen Kampfschrift „Der Sturm“, dessen Geschäftsstelle er in Kassel leitete. In dieser Stellung hatte er naturgemäß Zutritt zu zahlreichen rechtspolitischen Kreisen. Neben der politischen Spionage betrieb die Gesellschaft auch militärische Spionage.

Mit Brüning, der im Jahre 1900 geboren und von Beruf Kaufmann ist, wurden noch folgende Personen festgenommen: Die 1903 geborne Elli Hagemann in Kassel, der 1902 geborne Fritz Wasmuth in Kassel und ein 1892 geborner früherer Schutzpolizeibeamter aus Düsseldorf namens Franz Wander, der hauptsächlich die militärische Spionage betrieb. —

# Safentreu und Gattenmord.

Vor einigen Tagen stand der Safentreuerebakteur Herbert Reis unter der Anklage des vorbedachten Gattenmordes vor dem Eisinger Schwurgericht. In der Nacht des 10. Juli 1922 wurde die Ehefrau des Angeklagten Reis in ihrer Wohnung erschossen. Am nächsten Tage beschuldigte Reis in einem Artikel seiner Zeitung die Unabhängigen Sozialdemokraten Marienburgs der Täterschaft. Seiner Behauptung, die von andern Safentreuerebakteren bereitwillig aufgenommen wurde, war es zu verdanken, daß acht Marienburger Eisenbahner verhaftet wurden. Das Verfahren gegen sie mußte nach kurzer Zeit eingestellt werden, da die Verhafteten samt und saubers ihre Unschuld einwandfrei nachwiesen. Wenige Tage vor der Tat war angeblich eine Bombe in die Wohnung des Ehepaars geworfen worden. Einige Wochen nach dem Mord wurde dann Reis unter dem Verdacht der Täterschaft verhaftet. Von dem, was vor Gericht bisher ermittelt ist, nur einige kurze Proben:

Aus den Akten stellt der Vorsitzende fest, daß Reis sich selber zuerst zum Leutnant und dann zum Oberleutnant und schließlich sogar zum Doktor ernannte. Um die Einwilligung seiner Schwiegereltern zur Heirat mit seiner Frau zu erlangen, beging Reis eine Urkundenfälschung und machte sich 5 Jahre älter. Er ist heute erst 25 Jahre alt. Als die Franzosen 1918 die Rheinpfalz besetzten, handelte er mit ihnen an und war einige Tage in der „Freien Wialz“, einer französischen Zeitungsgeliebung, angestellt. Dann wurde er dort an die Luft gesetzt. In Herford lernte er seine Frau, die Tochter eines Metallarbeiters, kennen und heiratete sie innerhalb Monatsfrist. Es wird festgestellt, das Reis geschlechtskrank war und auch seine Frau krank gemacht hatte. Beide haben im Marienburger Krankenhaus gelegen. Reis hat in Marienburg Umgang mit allerlei zweifelhaften „Damen“, unter ihnen einer 14jährigen Tänzerin, gehabt. Die mehrtägigen Reuegenvernehmungen bringen zahlreiche Widersprüche des Angeklagten zutage. Eine seiner „Freundinnen“ hatte ihm nach der Tat ins Gesicht gesagt: „Du hast wohl selber Deine Frau erschossen?“ In seinem Kläuber erklärt der Staatsanwalt, niemals sei ein schamloseres Lächerlichkeitsspiel getrieben worden als mit der Art, wie Reis den Verdacht seiner Tat von sich abwälzen wollte. Er habe den Verdacht auf die Sozialisten zu lenken versucht. Familienbater mußten wochenlang unschuldig feinetwegen im Gefängnis sitzen. Reis sei eine Abenteuerernatur schämmster Art.

Dennoch sprach den sauberen Patron die Geschwornenbank frei, die freilich von lauter gut „nationalgefinnten“ Männern besetzt war. —

**Dollar** Amtliche Notiz vom **21.10.27** **21100 Mark**  
Sonntag **21.10.27**  
Montag mittags **21100 Mark**

# Brüderschaften.

In der „Roten Fahne“ vom Sonnabend veröffentlicht das Internationale Aktionskomitee gegen Kriegsgefahr und Faschismus, Vorsitzende Klara Zetkin (Berlin) und Genry Barbusse (Paris), die auf der Frankfurter Kommunistenkonferenz beschlossenen Kriegspartikel der „Proletarischen Brüderschaften“. Im Artikel VII, der von Brüderschaften handelt, heißt es:

Auf der Frankfurter Konferenz ist die Bildung von proletarischen Brüderschaften beschlossen worden. Dieser Gedanke der Brüderschaften muß in der Propagandawoche in den breiten Massen belebt werden, die vorgesehenen Konferenzen sollen berufen, sie in die Wirklichkeit umzusetzen.

In Karbiß im Bezirk Breslau haben die Kommunisten inzwischen die Bildung solcher „proletarischen Brüderschaften“ praktisch erprobt. Sie wandten sich zunächst an die proletarischen Brüder, mit welchen sie die meiste geistige Interessengemeinschaft haben, an die Nationalsozialisten, mit folgendem Schreiben:

An die Nationalsozialistische Partei Karbiß!  
Im Auftrag der Bezirkssekretäre machen wir Ihnen den Vorschlag, die diesjährige Karfreier einheitsmäßig mit allen Arbeiterparteien durchzuführen, und erlauben, falls Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind, uns bis längstens Donnerstag den 5. April an untenstehende Adresse Bescheid zukommen zu lassen.

Wir glauben für die Notwendigkeit der gemeinsamen Demonstration keine besondere Begründung anführen zu müssen, da dies die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse von selbst begründen.

Einer zuzugenden Antwort entgegengehend, zeichnen wir mit proletarischem Gruß:

Für die Bezirksorganisation der Kommunistischen Partei Karbiß:  
Pantersbüchel, Obmann Anton Müller, Schriftführer Karbiß, 25. März 1923.

An den Kommunisten lag es nun wirklich nicht, daß der Welt lust am 1. Mai das erhebende Schauspiel einer Sowjetstern-Safentreuerebakteren-Verbrüderung erspart geblieben ist. Aber die Rechtskonservativen lehnten ab. Womit aber noch nicht gesagt ist, daß nach den Verbrüderungs-Kriegspartikeln erneute Annäherungsversuche ebenfalls scheitern.

Wer will nach dem Genuß dieses wahren Kulturdokuments noch bezweifeln, daß die „Einheitsfront“ marschiert? —

# Verbot der Roten Fahne.

Der Polizeipräsident von Berlin hat auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik das Erscheinen der „Roten Fahne“ für die Dauer von zwei Wochen, und zwar vom 8. April bis 21. April einschließlich, verboten. Das Verbot richtet sich gleichzeitig gegen sämtliche Kopialblätter, auch gegen die „Rote Fahne am Montag“.

In der Verordnung, die dem Verbot beigegeben ist, heißt u. a.: Die „Rote Fahne“ hat in letzter Zeit fortgesetzt die Mitglieder der Reichsregierung und der preussischen Landesregierung beschimpft und verleumdet.

Diese Beschimpfungen und Verleumdungen richten sich nicht lediglich gegen die Person der angegriffenen Minister, sondern nach der ganzen Sachlage kann kein Zweifel darüber bestehen, daß durch fortgesetzten persönlichen Angriffe zugleich auch die gegenwärtige republikanische Staatsform getroffen werden soll, unter welcher den betreffenden Ministern die Staatsleitung anvertraut ist.

Mag das Verbot der „Roten Fahne“ auch geleglich begründet sein, so möchten wir doch bezweifeln, ob mit ihm die Folgewirkungen erzielt werden, die der Berliner Polizeipräsident und die ihm vorgeordneten Zustanten ohne deren Uebereinstimmung er sicherlich nicht gehandelt hat, erwarten. Wenn aber schon unter Mitwirkung des jetztigen Reichskanzlers ein kommunistisches Drama verboten wird, dann ist es nicht mehr wir billig, daß Herr Cuno auch in Bayern seinen angeblichen Einfluß geltend macht, damit auch dort endlich einmal der fortgesetzten Verleumdung des Gesetzes zum Schutze der Republik durch die Nationalsozialisten ein Ende gemacht wird. —

# Notizen.

**Wulle durfte nicht reden.** In Prag wurde eine Versammlung, in der Wulle sprechen sollte, von der Polizei verboten. —

**Bestrafter Landesverräter.** Das Volksgesetz in München beurteilte den früheren Studenten Erhard Wier wegen gewinnfälliger Begünstigung des Landesverrats zur höchstzulässigen Strafe von 5 Jahren Gefängnis. Das Gericht sprach in dem Urteil aus, daß die eheliche Gefinnung des Angeklagten Zucht haus verdient hätte, daß aber leider das Gesetz eine solche Strafe nicht vorsehe. —

**Schwere Wirtschaftskämpfe in England.** Obwohl die Lohnunterschieden zwischen den Landarbeitern und den Farmern nicht mehr erheblich sind, haben sich die Unzufriedenheiten auf die Verlegung der Landarbeiterstreiks verschärft infolge der Geranziehung von Streikbrechern. Im Rhondda Valley streikten 50 000 Bergarbeiter. Die Aktion ist weniger gegen die Bergwerksbesitzer als gegen die Unorganisierten gerichtet, die sich weigern, der Organisation beizutreten, obwohl sie sich die Vorteile gefallen lassen, die die Organisation durch Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bietet. Der Streik ist deshalb beachtenswert, weil im Rhonddagebiet über ein Drittel zu der letzten wöchentlich eine halbe Million Tonnen betragenden Kohlenausfuhr von Südwales nach dem Kontinent beigesteuert wurden. Der Konflikt im Baugewerbe dauert fort. Die Arbeiter sind bereit, einen Schiedsspruch von drei hervorragenden Juristen entgegenzunehmen, ob das Verlangen der Unternehmer nach Lohnminderung und Verlängerung der Arbeitszeit dem bestehenden Vertrag entspricht. Die Antwort der Unternehmer steht noch aus. Wenn diese Vergleichsbasis nicht befristet wird, droht Mitte April die Ausbreitung von acht hunderttausend Bauarbeitern. Auch die Eisenbahner drohen mit einem allgemeinen Streik. Die Delegierten der Eisenbahnergemeinshaft beschloßen auf einer Versammlung in London, der Pflicht der Gesellschaften, die Preissteigerungsanlagen für die Werksstättenarbeiter herabzusetzen, Widerstand entgegenzusetzen und möglichenfalls mit dem Generalkonflikt zu antworten. —

**Lohnbewegungen in Dänemark.** Im Schreibernergewerbe ist von den Arbeitgebern Ausbreitung angedroht worden, die am 10. April beginnen und etwa 10 000 Personen umfassen soll. Verhandlungen im Lappzergewerbe sind resultatlos verlaufen. Die Gärtner und Maurer stehen gleichfalls in langwierigen Verhandlungen. Nach „Semidal“ haben in London die organisierten Bauarbeiter die Arbeit niedergelegt, um die Arbeitgeber zu zwingen, die Unorganisierten, die sich zu einer selben Organisation zusammengeschlossen haben und zum Teil aus Deutschen bestehen, zu entlassen. —

# Depeschen.

**Brand im Brauereiwald.**

Im Nürnberg, 9. April. Im Nachhinein des weltberühmten „Brauereiwaldes“ legte am Sonntag nachmittags gegen 2 Uhr dessen Besitzer, Gastwirt Bauer, Feuer und verübte Selbstmord. Die sofort alarmierte Feuerwehr konnte die im Brand geratenen Wetz- und Weidungshölzer befeuchten. Neunenswerter Schaden in dem Gebäude entstand nicht. Bauer zeigte in letzter Zeit Zeichen von Geistesgestörtheit. —

(Schluß des redaktionellen Teils.)

# Mitteilungen aus der Buchhandlung Volkstimme.

Der Bezug kann durch Benutzung von Felektan der Volkstimme erleichtert werden. Schlüsselzahl des Vertriebsvereins der deutschen Buchhändler 4. St. 2500. (Der Verkaufserlös ist gleich Grundpreis x 2500.)

Zur Abholung liegen bereit:  
Die Tat, Nr. 1; Status, Nr. 1/12; Die Schönheit, Nr. 2; Heilung im Übermaß, Nr. 2/27; Deutsche Kunst und Dekoration, Nr. 7; Die Bergarbeit, Nr. 7; Handwörterbuch der Statistikwissenschaften, Nr. 2/22; Der Winter, Nr. 1/12.

Wieder vorrätig:  
König: Chauffeurkursus. Ein Handbuch für Automobilisten und Chauffeurs mit Prüfungsbestimmungen und Prüfungsfragen. 372 Seiten. Grundpreis 3,50 Mark.  
Käfer: Chauffeurschule. 79 Seiten. Grundpreis 3 Mark.  
Bernheim: Die deutsche Revolution. Eine gefüllte Darstellung der Novemberrevolution. 3 Bände. Grundpreis 3 Mark.  
Kögel: Einführung in den Sozialismus. Studien zur Geschichte des Sozialismus. 1. Band. Grundpreis 2,50 Mark.  
Kögel: Einführung in den Sozialismus. 2. Band. Grundpreis 2,50 Mark.  
Kögel: Einführung in den Sozialismus. 3. Band. Grundpreis 2,50 Mark.  
Kögel: Einführung in den Sozialismus. 4. Band. Grundpreis 2,50 Mark.  
Kögel: Einführung in den Sozialismus. 5. Band. Grundpreis 2,50 Mark.  
Kögel: Einführung in den Sozialismus. 6. Band. Grundpreis 2,50 Mark.  
Kögel: Einführung in den Sozialismus. 7. Band. Grundpreis 2,50 Mark.  
Kögel: Einführung in den Sozialismus. 8. Band. Grundpreis 2,50 Mark.  
Kögel: Einführung in den Sozialismus. 9. Band. Grundpreis 2,50 Mark.  
Kögel: Einführung in den Sozialismus. 10. Band. Grundpreis 2,50 Mark.

**Theaterstoffe.**  
Schneeflocken, 1 bis 1 und 3 bis 6 Abt.  
Schneeflocken, 1 bis 1 und 3 bis 6 Abt.  
Schneeflocken, 1 bis 1 und 3 bis 6 Abt.  
Schneeflocken, 1 bis 1 und 3 bis 6 Abt.  
Schneeflocken, 1 bis 1 und 3 bis 6 Abt.  
Schneeflocken, 1 bis 1 und 3 bis 6 Abt.  
Schneeflocken, 1 bis 1 und 3 bis 6 Abt.  
Schneeflocken, 1 bis 1 und 3 bis 6 Abt.  
Schneeflocken, 1 bis 1 und 3 bis 6 Abt.  
Schneeflocken, 1 bis 1 und 3 bis 6 Abt.

**Volkstimme.**  
Das Jahrbuch der Volkstimme ist heute eine soziale Notwendigkeit. Neuauflagen, Neuauflagen, Neuauflagen in der Volkstimme.



Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 9. April 1923.

Der erste Schultag nach Ostern.

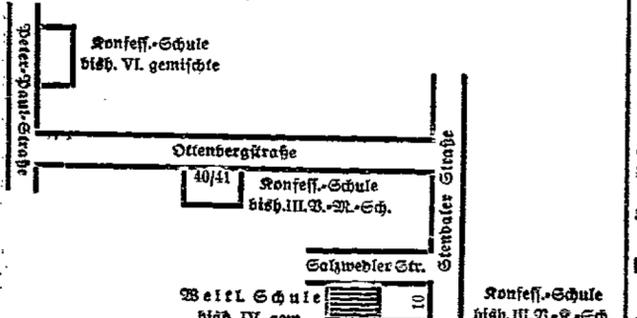
Er ist diesmal von besonderer Bedeutung. Wir notieren ihn als den Geburtstag der weltlichen Schulen in Magdeburg. Zum erstenmal schicken große Elternkreise die Kinder in die von ihnen seit Jahren, Jahrzehnten erstrebten Schulen. Endlich wird ihrem schulpolitischen Wünschen, Sehnen, Arbeiten die Erfüllung. Durch die Einrichtung von weltlichen Schulen vermindert sich die Zahl der bisherigen konfessionellen Schulsysteme. Ueberweisungen aus einer Schule in die andere werden notwendig. Daraus ergibt sich für die Eltern die selbstverständliche Frage: Welche Schule besucht unser Kind nach Ostern? Da der Unterricht bereits am 11. d. M. beginnt, hat sich die Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der weltlichen Schule durch die Schulverwaltung informieren lassen. Die Auskunft, die uns geworden ist, geben wir in erweiterter Form an unsere Eltern weiter.

Nachdem die Schuldeputation die Einrichtung von weltlichen Schulen genehmigt hatte, kam es darauf an, den Beschluß technisch so durchzuführen, daß die berechtigten Interessen beider Richtungen in der Magdeburger Elternschaft gewahrt blieben. Die Vermeidung langer Schulwege, die Beschränkung der Umschulungen auf das Mindestmaß, die Anwartschaft, die Klassenbesetzung, die Raumfrage in den einzelnen Schulen waren Gegenstand eingehender Erörterungen. Die Verhandlungen sind jetzt abgeschlossen und haben zu folgender Regelung geführt. Wir beginnen mit dem Schulbezirk Budau.

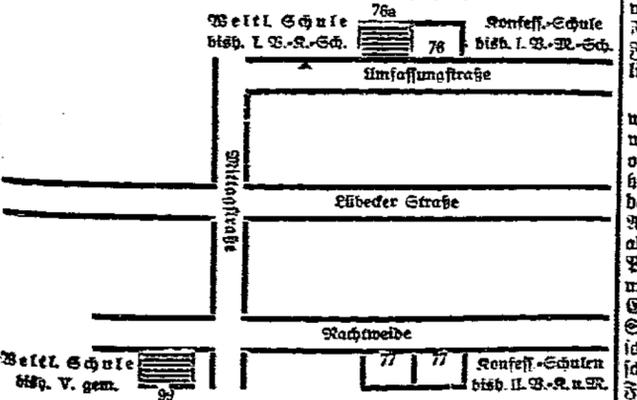
Die Eisenbahn, die durch Budau führt, trennt den Stadtteil in zwei Schulbezirke, in Groß-Budau, umfassend die Straßenzüge zwischen Bahn und Elbe, und in Budau-Finckel mit Leipziger Straße, Hopfengarten und Reform. Die Kinder aus dem kleineren Schulbezirk besuchen bisher die 2. Volksschule und 2. Volksschule in der Leipziger Straße. Nach der neuen Regelung werden die Knaben und Mädchen der konfessionellen Elterngruppe in die bisherige Knabenschule und die Kinder der konfessionellen Elterngruppe in die bisherige Mädchenschule aufgenommen. In dem größeren Schulbezirk vereinigen sich die zur weltlichen Schule angemeldeten Kinder in der bisherigen Mädchenschule, Feldstraße 25. Der konfessionelle Rest dieser Schule wird dem benachbarten Flügel des Gebäudes, der bisherigen 1. Volksschule, überwiesen. Die übrigen Kinder bleiben in ihren Schulen.



In der Alten Neustadt wird die bisherige 4. gemischte Volksschule, Stendaler Straße 10, weltlich. Die konfessionellen Kinder dieser Schule werden der 3. Volksschule, Osternbergstraße 40/41, und der 3. Volksschule, Stendaler Straße 10, überwiesen. Die 6. gemischte Volksschule bleibt nach Umschulung der weltlichen Kinder unberührt.



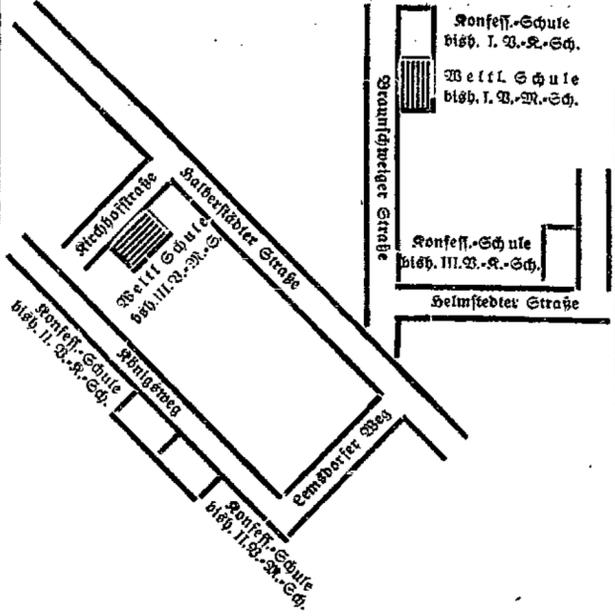
Neue Neustadt. Die Sünder Straße scheidet die Neue Neustadt in zwei Schulbezirke. Nach der Gruppierung der Schulen unterscheiden wir den Schulbezirk Umfassungstraße und den Schulbezirk Nachweide. Von den beiden Schulen in der Umfassungstraße wird die eine weltlich, nämlich die bisherige 1. Volksschule, und die andere, die bisherige 1. Volksschule, bleibt konfessionell. Die Kinder der Schulbezirke verteilen sich entsprechend dem Charakter der beiden Schulen. Inwiefern die konfessionelle Schule mit einigen Klassen in die weltliche Schule übergreift, ist für diese Darlegungen nebensächlich.



Die Schulen des 2. Schulbezirks liegen sämtlich an der Nachweide. Die weltlichen Kinder werden in die bisherige 5. gemischte Volksschule, Nachweide 99, eingeschult. Die konfessionellen Kinder dieser Schule gehen, soweit sie Knaben sind, zur 2. Volksschule, und die Mädchen zur 2. Volksschule. Beide Schulen befinden sich in dem Gebäude Nachweide 77.

Sudenburg. Die ungefähre Grenzlinie zwischen den beiden Schulbezirken Sudenburg sind die Braunschweiger und die Halberstädter Straße. Der nach Nordosten grenzende Schulbezirk umfasst die 2. Volksschule, und die 2. Volksschule in dem Doppelgebäude des Königsplatzes, und die 3. Volksschule in der Kirchhofstraße. Letztere ist zur Aufnahme aller weltlichen

Kinder des Schulbezirks bestimmt worden. Die konfessionellen Mädchen dieser Schule werden der 1. Volksschule in dem Königsplatz überwiesen. Die übrigen konfessionellen Kinder bleiben in ihren bisherigen Schulen.



In dem andern, an die Wilhelmstadt grenzenden Sudenburger Schulbezirk liegen ebenfalls drei Volksschulen: die 1. Volksschule und die 1. Volksschule in dem Doppelgebäude der Braunschweiger Straße, und die 3. Volksschule in der Helmstedter Straße 42. Davon wird die bisherige 1. Volksschule weltlich. Sie nimmt alle für die weltliche Schule angemeldeten Kinder dieses Schulbezirks auf. Die konfessionellen Mädchen der bisherigen 1. Volksschule gehen in die dritte Volksschule, Helmstedter Straße 42, und werden dort zusammen mit den konfessionellen Knaben unterrichtet. Die übrigen konfessionellen Kinder bleiben in den bisherigen Schulen.

Von den beiden Volksschulen in Magdeburg-Südost wird die Westerkirchener Schule weltlich, die Sächler bleibt konfessionell. Die Kinder verteilen sich entsprechend dem Charakter der beiden Schulen. Ferner erhalten die Kinder voraussichtlich einen weltlichen Zug mit acht aufeinanderfolgenden Klassen, bezüglichen Lemdorf.

Der Schulbesuch für die zu den weltlichen Schulen angemeldeten Kinder einschließlich der Schulanfänger ist an allen Schulen auf 9 Uhr festgesetzt. Wir bitten die Eltern, die Kinder pünktlich am 11. d. M. den weltlichen Schulen zuzuführen, evtl. jüngere Kinder das erstemal zu begleiten.

Der Lehrerschaft der weltlichen Schulen wünschen wir ein erfolgreiches Schuljahr! Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der weltlichen Schule.

Für die Schulanfänger! Wichtig! In den obenbenannten weltlichen Schulen können die Schulanfänger also auch noch am Mittwoch den 11. April, morgens 9 Uhr, angemeldet werden, wenn die Meldung nicht schon früher bei den für die einzelnen Stadtteile angegebenen Stellen geschehen ist.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

Bezirk Budau. Am Dienstag den 10. April, abends 8 Uhr. Funktionärversammlung im Franke-Jugendheim. Stadtverordnetenfraktion. Dienstag den 10. April, abends 6 Uhr. Ordnerdienst, Hst. Wilhelmstadt. Am Mittwoch den 11. April, abends 7 Uhr. Fort 5. Helferinnen in den Kindergruppen. Mittwoch pünktlich 1/3 Uhr wöchentliche Besprechung im Jugendheim Georgenplatz.

Prämien für die Freimachung von Wohnungen. Da Neubauten der Wohnungen zurzeit kaum noch auszuführen sind, die Rationierungen von Wohnräumen infolge der hohen Geldkosten bei den wachsenden Neubauten gewissen Einschränkungen unterworfen sind, hat sich der Magistrat entschlossen, um der von Tag zu Tag größer werdenden Wohnungsnot zu steuern, Prämien für die Freimachung von Wohnungen zu gewähren. Wie in einer Vorlage an die Stadtverordneten mitgeteilt wird, werden bereits seit längerer Zeit in der Mehrzahl von deutschen Großstädten für die freiwillige Freimachung von Wohnungen — durch Zusammenziehen einzelner Parteien — Prämien gezahlt. Außerdem werden auch Umzugskostenbeiträge an solche Personen gegeben die nach auswärts verziehen, ohne Anspruch auf eine Laufwohnung zu machen. Die Wohnungsdeputation hat sich mit diesen notwendig werdenden Maßnahmen eingehend beschäftigt und empfiehlt der Stadtverordneten-Versammlung, ihre Zustimmung zu geben, daß aus dem Fonds „Privatpanden für den Kleinwohnungsbau“ die Mittel für die Freimachung von Wohnraum in angegebenen Sinne und nach vorliegenden Richtlinien gewährt werden.

Das teure Haupt. Heute sind die Männer Abel dran, wollen sie nicht mit Weibern wie die Löwen oder mit lamawallendem Haar wie die Naturmenschen herumlaufen. Ein ganz einfacher Haarschnitt ohne alle Schlitzen und Zinnesen kostet über 1000 Mk. Gewiß liegt hierin eine Notlage aller der Leute mit kleinerem Einkommen. Aber auch das Barbier- und Friseurgewerbe befindet sich in sehr abier Lage. Auf den einzelnen Läden lastet ungeheuer die hohe Miete und vor allem der hohe Preis für das elektrische Licht. Dazu kommen die hohen Preise für allerlei Fett und kosmetische Mittel, die Barbier- und Friseur unumgänglich notwendig bei Ausübung ihres Gewerbes brauchen. Endlich darf nicht vergessen werden, daß heute alle Reparaturen an Scherern, Rasierern und den andern Apparaten, die in diesen einschlägigen Geschäften im Gebrauch sind, außerordentlich viel Geld verschlingen. Es kann daher nicht wundernehmen, daß Barbier- und Friseur sich in bedrängter Lage befinden. Besonders schlimm daran sind die Scher- und Rasier- des Publikums hat bedeutend nachgelassen, das Rasieren bejagen die meisten selbst und mit dem Haarschneiden wartet man, bis der Hut vor lauter Haarfalle auf dem Kopfe nicht mehr paßt. Die Folge ist eine Massenandrangung der Gehülften. Den Luxus von Gehülften leisten sich nur noch ganz große Geschäfte. Manchem ist es gelungen unglücklicher und in anderen Betrieben Beschäftigung zu finden, doch ist deren Zahl nur sehr klein und doch wird die Sorge um das teure Haupt immer größer und grübler. Die Preise für Haarschneiden werden immer härter und höher werden. Der Besuch der Barbier- und Friseurläden wird noch mehr zusammenkrampfen und die Not der Gehülften weiter wachsen. Ein wenig Geld unter Rot. Mit der Knappheit des Geldes ist es seit langem bereits nur mühsig bestellt, weil für viele die Preise für Seife eben nicht mehr zu erzwungen sind, und die notwendige Hygiene des Kopfes auch noch von vielen unterlassen werden.

Grundstücksumlegung in der Neustädter Gemarkung. Nach dem Gesetz vom 21. September 1920 können ländliche Grundstücke zwecks einer besseren Bewirtschaftung umgelegt, d. h. aufzunehmend verlegt oder verflochten werden, wenn davon eine erhebliche Verbesserung der Landwirtschaft zu erwarten ist. Grundbedingung für eine derartige Umlegung ist, daß jeder Teilnehmer für ein abzutretendes Grundstück Land von gleichem Werte abzugeben werden muß. Bei einem Ausfall in der Gatte muß ein Zusatz in der Fläche gewährt werden. Für die auf den umzuliegenden Grundstücken stehenden Obstbäume, Weinbäume und Holzbestände muß derjenige, der sie zugefellt erhält, demjenigen, der sie verliert, Entschädigung in Geld gewähren. So viel für den allgemeinen Anreiz. Da in der Neustädter Feldmark die Bedingungen für eine derartige Umlegung vorhanden sind, soll dort zuerst die Einleitung eines derartigen Verfahrens erfolgen. Die Stadtverordneten werden ersucht, sich mit diesem Vorschlag, der im Bebauungsplan- und Siedlungsansatz verhandelt und beschlossen wurde, etc. verstanden zu erklären.

Professor Dr. Mag. Am 13. und 14. April wird in der Aula der Universität Professor Dr. Mag. von der Universität Freiburg (Schweiz) über „Ein Weg aus Deutschlands Not“ sprechen. Der Redner heißt eigentlich Max von Böttin und ist ein Bruder des ehemaligen Königs von Sachsen. Welche Rettungsweg der Redner angeben wird, wissen wir selbstverständlich nicht, seine Anschauungen sind uns unbekannt. Immerhin ist es sympathisch, daß ein Prinz aus „königlichem Hause“ in unserer Zeit unter schlicht bürgerlichem Namen einfach arbeitet. In der Versammlung am 13. April wird außerdem Genossin Stegmann (Dresden), am 14. April Fräulein von Hausen sprechen.

Vormerkgebühr für Bestellung von Schlafwagenplätzen. Die Vormerkgebühr für Bettkarten ist auf der Reichsbahn vom 1. April an dahin festgesetzt worden, daß nicht 5 v. H. der Bettkartenpreise, sondern 10 v. H. dieser Sätze erhoben werden; mithin in der 1. Klasse = 4000 Mark, 2. Klasse = 2000 Mark und in der 3. Klasse = 800 Mark.

Trauerergütung für die Opfer. Morgen mittag werden die in Gien erschossenen Arbeiter und Angestellten vom Knapp-Werk beerdigt. Von Berlin aus ist aus diesem Anlaß Trauerergütung für das ganze Land angeordnet worden.

Magdeburger Frühjahrsrennwache. Für die vom 15. bis 22. April hier stattfindende Rennwoche sind nach Rennungsabschluss für das große Magdeburger Frühjahrs-Rennwachen die demnächstigen 27 Pferde festgehalten. Bei den großen Jagd- und Fliegerrennen werden Felder von 36, 34 und 24 Pferden am Start erscheinen. Am Sonntag den 25. April werden fünf Flach- und zwei Hindernisrennen gelaufen, an denen ebenfalls Pferde teilnehmen werden. Am Donnerstag den 19. April findet das mit 2 Millionen Mark dotierte Rennen „Frühjahrsausgleich“ statt. Den Höhepunkt am Samstag den 22. April bildet das Mitteldeutsche-Derby-Gedenkenrennen. Sportinteressenten aus ganz Mitteldeutschland inkl. Berlin werden in der bezeichneten Rennwoche hier anwesend sein.

Zur Erleuchtung der Wochenpflege hat am 1. April d. J. ein neuer sechsmonatiger Kursus begonnen, an welchem noch einige alleinlebende Frauen oder Mädchen im Alter von 20 bis 35 Jahren, die im Kochen und in der Hauswirtschaft erfahren sind, teilnehmen können. Vorzulegen sind: selbstgeschriebener Lebenslauf, Geburtschein, ärztliches Gesundheitszeugnis, Sittenzugnis und Bescheinigungen über die bisherige Tätigkeit. Die Ausbildung erfolgt im Wäckererheim der Krankenanstalt Sudenburg und dauert sechs Monate; Unterricht, Kost und Wohnung sind unentgeltlich. Nach beendeter Lehrzeit werden die Schülerinnen durch den Magdeburger Frauenverein zur Erziehung eines Wäckererheims und zur Förderung der Geburts- und Wochenhygiene E. W. (früher Magdeburger Wäckererheime) am Sudenburger Tor 1) beschäftigt. Anmeldungen nimmt die Geschäftsstelle der Wäckererinnenfürsorge, Neuenweg 1/2, Zimmer 8, von 10 bis 2 Uhr entgegen.

Verbilligung der Bestattungskosten. Aus einer Verfügung des Ministers des Innern, die den Zweck verfolgt, die Bestattungskosten für arme Volksgenossen zu vermindern, teilt der amtliche Preuchische Presse die nicht folgende mit: Im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister und dem Kultusminister sollen die bestehenden Bestattungsverordnungen, Friedhofsanordnungen usw. — nötigenfalls im Einvernehmen mit den Religionsgesellschaften — auf Wunsch des Innenministers daraufhin durchgesehen werden, ob mit Rücksicht auf die heutigen Verhältnisse einzelne Vorschriften im Interesse der Armenverbände aufgehoben oder erleichtert werden können, soweit es sich mit den sanitären Vorschriften, dem Gebot von Sitte und Anstand sowie den Gesetzen irgend vereinbaren läßt. Die Bevölkerung soll im weitesten Umfang auf die Wohltaten der Sterbekassen hingewiesen werden. Den Gemeinden und Gemeindeverbänden, die eigene Fortschritte, ist zu empfehlen, billige Sätze zur Herstellung von billigen Särgen abzugeben; eine gleiche Anregung soll gegebenenfalls bei den Besitzern größerer Privatforten erfolgen. Endlich soll mit den Sarghändlervereinen und Bestattungsinstituten Fühlung genommen und ihrer Preisbildung ein besonderes Augenmerk gewidmet werden.

Hallenbau Land und Stadt im Film. Uns wird geschrieben: Magdeburg als Zentrum des mitteldeutschen Wirtschaftsbereichs hat sich durch seine Zuchtvieh-, Markt- und Ausstellungenhalle eine große Möglichkeit geschaffen, dem Erwerbsebenen, wachsendem dem landwirtschaftlichen, eine dauernde Stütze für Ausstellungen, Ausstellungen, Versteigerungen usw. zu erhalten. Die Veranstaltungen der Hallenbau-L.-G. Land und Stadt haben bereits einen starken Erfolg gehabt, der sich in großem Umsatz und lebhaftem Geschäftsgang zeigte, so daß Käufer und Verkäufer vollauf zufrieden waren; denn aus der Menge des Besuchs findet jeder seinen Wunsch erfüllt. Aber noch ist diese Einrichtung nicht Gemeingut aller Interessenten geworden. Die Wichtigkeit dieser Veranstaltungen ist noch zuwenig erkannt, da muß der Film helfen. Die Mitteldeutschen Landlichspiele L.-G. Magdeburg, Viktorienstraße 3, sind bereit, einen Wettbewerb im Hallenbau Land und Stadt herzustellen. Sind es auch in erster Linie landwirtschaftliche Kreise, denen ein solcher Film wertvoll dient, so ist doch Industrie, Handel und Gewerbe hervorragend Gelegenheit geboten, auch ihrerseits der Landwirtschaft ihre Erzeugnisse im Film zu zeigen.

Zimmerbrand. Am Sonnabend nachmittag war in einem im dritten Obergeschoß Knochenhauerer 42 befindlichen Wohnzimmers, welche in der Nähe eines heißen Ofens hing, in Brand geraten. Beim Eintreffen des kurz nach 1/2 Uhr stanzten Löschzugs der Hauptfeuerwache war die Gefahr durch Bewohner des Hauses schon beseitigt.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Städtische Theater. Stadt-Theater. Dienstag (außer Anrecht) Karabanser. — Mittwoch (4. Anrechtabend): Das Räuberhaupt. — Donnerstag (5. Anrechtabend): Der Evangelium. — Freitag (6. Anrechtabend): Der Barbier von Sabaad. — Samstag (7. Anrechtabend): Das Räuberhaupt. — Sonntag (außer Anrecht): La Traviata. — Wilhelm-Theater. Montag bis Sonnabend geschlossene Vorstellung. — Sonntag (offene Vorstellung): Improvisationen im Juni. — Städt. Orchester. Mittwoch den 11. April, abends 7 1/2 Uhr, großes Sinfoniekonzert im „Ritterhaus“. Leitung: Generalmusikdirektor Adenbrunn (Hilf). Eintrittskarten bei Heinrichs Hofen. Die Wäckerer des Lebens, der letzte Stand — Knabe über Mädchen nach Wunsch und Wahl der Eltern bestimmt insofern a. d. Prof. Friedr. Robert, erklärt einfach. Eigentlich a. d. Generaldirektor Ostf. Richter in Friedrichs Hofen, Gr. Diebst. Str., am Freitag, 13. April, abends 8 Uhr. Vortrag: Wolf & Rade, Gr. Königstr. 15, u. Wendische. Städt. Phil. a. d. Gärten. (Fortsetzung des redaktionellen Teils nächste Seite.)

Volle Form und Jugendfrische





